

TOP 3.7.2 Regierungsgipfel mit Sozialpartnern zur Russland/Ukraine-Krise

1. Beschreibung der Problematik

In Folge des bewaffneten Konflikts zwischen Russland und der Ukraine, der zu einer Abspaltung der Krim und einer Annexion durch Russland führte, hat die EU seit Sommer schrittweise Sanktionen gegen Russland verhängt, die von Moskau mit Gegensanktionen gegenüber der EU beantwortet werden. Neben individuellen Einreiseverboten und dem Einfrieren konkreter Vermögenswerte bestehen diese Sanktionen auch in Wirtschaftsmaßnahmen, insbesondere Exportbeschränkungen von Gütern, die sowohl für zivile als auch militärische Zwecke verwendet werden können als auch von Hochtechnologien, die im Erdölbereich benötigt werden. Zu den ersten Sanktionen haben aber vor allem auch Beschränkungen im Kapitalmarktbereich gehört. Russland hat im Gegenzug Importbeschränkungen bestimmter Lebensmittel beschlossen, das betroffene Exportvolumen wird mit 5,1 Mrd € für die EU beziffert. Entsprechende substantielle landwirtschaftliche Hilfsprogramme von Seiten der EU wurden noch im August auf Schiene gesetzt. Die politische Diskussion dreht sich innerösterreichisch derzeit vor allem um die Abfederung der Exportausfälle, doch hier sind die konkreten Zahlen bisher nicht alarmierend.

Vor dem Hintergrund der allgemeinen Wachstumsschwäche sind Wirtschaftssanktionen gegen einen so mächtigen Partner natürlich nicht ohne Auswirkungen auf die europäische Konjunktur. Zum einen aufgrund der direkten Handelseffekte, aber mittelfristig auch aufgrund von Vertrauensverlusten in die Stabilität dieser Ökonomien.

Im Rahmen eines Regierungsgipfels mit den VertreterInnen der Sozialpartner am 10. September ging es darum die Auswirkungen der Exportausfälle und Importrestriktionen für die heimische Wirtschaft in seiner ökonomischen Bedeutung zu bewerten und allfällige Gegenmaßnahmen zu diskutieren.

2. Auswirkungen

Wie treffen die Sanktionen die heimischen Unternehmen?

Die österreichischen Warenexporte beliefen sich im Jahr 2013 auf rund 125 Mrd €. Auf Russland entfielen rund 3,5 Mrd € und somit 2,8% der Gesamtexporte. Demgegenüber standen Warenimporte aus Russland von rund 3,2 Mrd €. Das waren 2,4% der gesamten österreichischen Importe (davon 66,4% Erdgas und 20,6% Erdöl). Die von den Sanktionen betroffenen Güter stellen nur einen kleinen Teil des Gesamtvolumens dar, in den Medien (Kurier vom 31. Juli 2014) war von bis zu 160 Firmen die Rede, die direkt betroffen sein könnten. Aufgrund des konkreten Exportverbots für Neuverträge für Rüstungsgüter und Ölfördertechnologie geht es in Österreich nach diesen Medienberichten um 125 Mio Euro, die wir 2013 nach Russland exportiert haben. Und auch das worst-case-scenario des WIFO, das beim Sozialpartnertreffen vorgestellt wurde, geht bei einem Exportrückgang von 20% von einem volkswirtschaftlichen Schaden von 775 Mio Euro aus (Presse „Banken fürchten russische Rache“, 11.09.2014). Das bedeutet, dass die direkten Handelseffekte der Sanktionen sicherlich Wachstum kosten werden – allerdings wird dieser Rückgang des BIP erst in der zweiten Nachkommastelle sichtbar sein.

Auswirkungen auf die Finanzwirtschaft

Nicht unterschätzt werden darf die Bedeutung der Sanktionen im Finanzbereich. Österreichische Kreditinstitute haben sich traditionell in Osteuropa besonders stark engagiert und halten gerade in Russland und der Ukraine ein hohes Exposure. Als die österreichischen Banken in diese Märkte expandierten, wurde das positiv gesehen, denn es handelte sich um wachsende Märkte. Erst heute sieht man auch die Kehrseite: Die Ukraine wird heuer um mehr als 5% einbrechen, Russland wächst dieses Jahr nicht mehr. Eine Lehre – nicht nur dieser Krise – ist sicherlich, dass der Umfang des Auslandsengagements der österreichischen Banken in Relation zum heimischen Bruttoinlandsprodukt erhebliche gesamtwirtschaftliche Risiken mit sich bringt. Auch hier sind die Daten nicht leicht zu bekommen, allerdings hat die Presse vorige Woche 36 Milliarden Euro genannt – das sind absolute Beträge, die mit jenen französischer Banken vergleichbar sind.

3. Ergebnisse des Gipfels

Wesentliches Ergebnis des Gipfels ist ein eher symbolisches/psychologisches, indem die Sozialpartner und die Regierung signalisierten, dass die Entwicklung und deren Auswirkungen weiter genau verfolgt werden um im Notfall unterstützend eingreifen zu können. Dabei hat Präsident Kaske betont, dass „eine faktenbasierte Diskussion“ wichtig sei um „Prioritäten richtig einschätzen“ zu können. Im Wesentlichen kam man am Gipfel überein, bestehende Instrumente deren Rahmen noch nicht ausgenutzt wird, stärker zu nützen. Dabei geht es etwa auch um Kurzarbeit oder Arbeitsstiftungen. Um die Chancen zu erhöhen über alternative Märkte Umsatzausfälle auszugleichen, werden vom BMFWF aus einer Rücklage 2,5 Mio für die Internationalisierungsinitiative „Go International“ zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wird das Garantiinstrumentarium der Austria Wirtschaftsservice (AWS) im Rahmen des derzeit bereits verfügbaren Haftungsrahmens verstärkt genutzt werden können. Die AWS soll in Form eines neuen Programms Überbrückungsgarantien (auch für Betriebsmittelkredite) zur Verfügung stellen um gesunde Unternehmen dabei zu unterstützen bei Umsatzausfällen keine MitarbeiterInnen kündigen zu müssen und weiterproduzieren zu können. Zusätzliche Budgetaufstockungen sind für keine der Maßnahmen erforderlich.

4. Position/Forderung der AK

Wenn wir in Europa wirtschaftliche Prioritäten setzen wollen, dann sind diese jedenfalls in der konjunkturellen Entwicklung zu suchen. Gerade hat die OECD ihre Wachstumsprognose für den Euroraum deutlich von 1,2 Prozent auf 0,8 Prozent für 2014 nach unten revidiert, für 2015 von 1,7 auf 1,1 Prozent zurückgenommen.

Die europäische Stagnation, immerhin für uns der Haupthandelspartner, kostet uns Arbeitsplätze und Zukunftschancen. Da allerdings mehr als 80% der in der EU erzeugten Güter und Dienstleistungen wieder im Binnenmarkt der EU verbraucht werden, liegt die wichtigste Ursache für die lahme Konjunktur nicht im Export, sondern in der Binnennachfrage der Europäischen Union. Konsum und Investitionen wurden zunächst 2008/2009 durch die Finanzkrise und ihre schwerwiegenden Folgen, dann seit 2010 durch die Austeritätspolitik der EU systematisch nach unten gedrückt.

Daher ist es in Europa dringend notwendig, zentrale Gegenmaßnahmen zur aktuellen Wachstumschwäche zu initiieren. Sei es durch öffentliche Investitionsprogramme auf europäischer Ebene, wie zB das von Jean Claude Juncker geplante 300 Milliarden Investitionsprogramm für Infrastruktur und Be-

schäftigung. Die wichtige wirtschaftliche Rolle der öffentlichen Investitionen soll nicht an apodiktischen Interpretationen der EU-Fiskalregeln scheitern, diese müssen so ausgelegt werden, dass sie die Kreditfinanzierung öffentlicher Investitionen ermöglichen (golden rule). Dann sind auch öffentliche Investitionen im Inland möglich, die späteren Generationen zu Gute kommen, wie der öffentliche Wohnbau, Bildung aber auch soziale Dienstleistungen. Und ganz generell muss die heimische Kaufkraft gestärkt werden – eine Lohnsteuersenkung, die tatsächlich zu mehr Konsum und daher auch zu mehr Beschäftigung führt, wäre damit ein Gebot der Stunde.